

links



Klartext zur Politik
im Kanton St.Gallen
www.sp-sg.ch
Februar 2021 Nr. 1

Editorial

Inhalt

Vertreter*innen aus SVP, FDP und CVP versuchen mit zwei Motionen, politische Stellungnahmen von Kirchen und Non-Profit-Organisationen (NPO) zu verhindern. Den Kirchen soll verboten werden, sich bei Abstimmungen zu engagieren, sogar wenn dies den Kernbereich der kirchlichen Botschaft betrifft. Bei den Non-Profit-Organisationen wie WWF, Heimatschutz u.a. soll dies über das Steuerrecht geschehen. Werden solche Organisationen politisch tätig, soll die Steuerbefreiung aufgehoben werden, was ihre Finanzierung über Spenden erheblich erschweren wird.



Von SP-Parteipräsident Max Lemmenmeier, St.Gallen

In der gezielten Einschränkung der politischen Meinungsäusserungsfreiheit folgen die federführenden Freisinnigen ihren Vorgängern aus dem 19. Jahrhundert. Schon 1875 verpassten die Liberalen den Priestern im Kanton ein Maulkorbgesetz, was sich in erster Linie gegen die katholische Kirche richtete. Umso erstaunlicher ist es nun, dass auch Exponent*innen der CVP nicht mehr für die Freiheit der Kirchen eintreten.

Angesichts stärker werdenden Kräften, die sich für mehr mitmenschliche Verantwortlichkeit einsetzen, greifen bürgerliche Kreise zu antiliberalen und antidemokratischen Methoden – Ungarns Victor Orbán lässt grüssen. Ein Zwang zur politischen Neutralität von Kirchen und NPOs schadet der Zivilgesellschaft und dem engagierten demokratischen Diskurs. Politische Aussagen müssen auch erlaubt sein, wenn sie bürgerliches Profitdenken in Frage stellen. Es bleibt zu hoffen, dass im Kantonsrat die Vernunft siegen wird und die beiden Motionen in der Versenkung verschwinden. So können die Bürgerlichen, die sich dauernd über unnötige Gesetze beklagen, endlich einen Beitrag an einen schlanken Staat leisten.



Bildlinks

3

- 2 **Corona-Krise**
Wer zahlt die enormen Kosten der Pandemie?
- 3 **Paul Rechsteiner**
Das sind Momente, die Geschichte schreiben
- 4 **Michele und Saveria Pappa**
Die Eltern der Stadtpräsidentin als Saisonniers
- 7 **Durchgedrehte Finanzkommission**
Rechte Staatsabbauer*innen auf Abwegen
- 8 **Era Shemsedini**
Was eine junge Frau bei der Einbürgerung erlebte
- 11 **50 Jahre Frauenstimmrecht**
St.Gallen gehörte zu den Bremsklötzen
- 12 **St.Galler Corona-Politik**
Nichtstun, zögern, abwarten – und Tote in Kauf nehmen
- 13 **Kulturpolitik**
Bringen SP-Chefinnen endlich einen neuen Wind?

Corona-Krise: Wer bezahlt?

Die Lasten der Corona-Krise müssen gerecht verteilt werden. Sparpakete sind untauglich. SP-Präsident Max Lemmenmeier fordert eine begrenzte Steuer für Gutverdienende.



Von SP-Parteipräsident Max Lemmenmeier, St. Gallen

Der St. Galler Staatshaushalt schreibt für die kommenden Jahre rote Zahlen. Diese Entwicklung ist eine wesentliche Folge der Steuersenkungen für Unternehmen und der Aufwendungen zur Bewältigung der Corona-Krise. Angesichts dieser Situation folgen die bürgerlichen Parteien alten ausgetretenen Pfaden. So will die bürgerliche Mehrheit schon bis zum Sommer ein Sparpaket von 60 Millionen Franken vorlegen. Weitere Sparpakete sollen in den weiteren Jahren noch folgen.

Das reicht SVP und FDP aber noch nicht. Nein, in Kamikaze-Manier fordern sie eine Steuersenkung, was das Defizit nochmals anwachsen liesse. Und sie for-

dern sogar noch ein grösseres Sparpaket von 120 Mio. Franken (siehe Artikel auf Seite 7).

Verfehlte Politik

Einmal mehr verfolgen SVP, FDP und CVP eine vollkommen verfehlte Politik der Krisenbewältigung. Sie wollen auf Teufel komm raus sparen. Doch Sparmassnahmen treffen – wie wir aus den Sparpaketen vergangener Jahre wissen – über die Reduktion der Prämienverbilligungen, die Herabsetzung von Beiträgen an die Kultur oder die Erhöhung von Gebühren im Bildungsbereich in erster Linie jene Bevölkerungskreise, die ohnehin unter der Corona-Pandemie am meisten zu leiden haben. Ausserdem wird dadurch die Erholung der Wirtschaft nach der Pandemie verzögert, da dringend nö-

tige staatliche Investitionen in die Zukunft (z.B. im Energiebereich) gekürzt werden müssen.

Anstatt immer wieder die gleichen Fehler zu machen und den Kanton wirtschaftlich und gesellschaftlich andauernd über Sparpakete zu schwächen, sollte eine bessere Politik zum Zug kommen: Mit einer Steuer auf hohe Einkommen, die auf fünf Jahre befristet ist, sowie mit einem Rückgriff auf das freie Eigenkapital des Kantons könnten die vorübergehenden Löcher im Staatshaushalt gestopft werden. Es ist nur gerecht und langfristig zielführend, wenn Gutverdienende, die von der Krise nicht betroffen waren oder sogar davon noch profitieren konnten, ihren Teil zur Bewältigung der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten beitragen.

Die Pandemie kostet viel Geld. Doch wer bezahlt das? Und wer nicht?





Zivilgesellschaftliche Bewegungen sind das Salz in der Geschichte (Bild: Demo gegen Klimawandel in St.Gallen).

Bild: links

Der Moment, wo alles kippt

In der Geschichte gibt es Momente, die sich später als grundlegende Weichenstellungen entpuppen – sogenannte Kippmomente. Paul Rechsteiner sieht einige solche Momente gekommen.



Von SP-Ständerat Paul Rechsteiner, St.Gallen

Der vom Wahlverlierer Trump als Präsident angefeuerte Sturm aufs Kapitol vom 6. Januar 2021 ist ein Fanal der Geschichte. Er zeigt, wozu Autokraten und Rechtsextreme mit ihren Angriffen auf die Grundlagen der Demokratie fähig sind. Aber auch, dass die Institutionen der Demokratie stärker sind, wenn sie verteidigt werden. Systematische Lügen und ein Putschversuch konnten nichts daran ändern, dass Trump abtreten musste.

Es ist kein Zufall, dass am gleichen Tag, am 6. Januar 2021, der Wahlsieg der Demokraten in der Senatorenwahl von Georgia kulminierte. Zuvor war es für unmöglich gehalten worden, dass ein Schwarzer in diesem Südstaat die Wahlen gewinnen könnte, zusammen mit einem jungen jüdischen Filmemacher. Die Wende brachte die langjährige Kampagne der schwarzen Demokratin Stacey Abrams. Sie hatte sich für die Registrierung jener schwarzen Stimmbürger*innen stark gemacht, denen das Wahlrecht bisher vorenthalten worden war. Oder die nicht mehr daran glaubten, an ihren Verhältnissen noch etwas ändern zu können.

St.Gallen an der Spitze

Einen Kippmoment mit weitreichenden

Folgen gab es auch in der Stadt St.Gallen. Mit der Wahl von Maria Pappa zur Stadtpräsidentin stellte sich St.Gallen im Vergleich der Schweizer Städte plötzlich an die Spitze der Erfolge gesellschaftlicher Emanzipation. Der Tochter von Migranten wurde nichts geschenkt. Sie stammt aus einfachen Verhältnissen und wurde erst vor zehn Jahren eingebürgert. Ihre Wahl ist eine Ermutigung für die Frauen. Aber auch für alle, die von unten kommen.

Erst 50 Jahre ist es her, seit die Männerschweiz bereit war, den Frauen das Stimmrecht zu gewähren. Und erst etwas mehr als 30 Jahre, dass die Frauen auch in der Ehe gleichberechtigt sind. Die Veränderung der lange erstarrten Geschlechterverhältnisse ist die grösste positive Entwicklung der schweizerischen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte. Die Frauenstreiks von 1991 und von 2019 haben die Entwicklung vorangetrieben. Dass das Projekt «Ehe für alle» in der letzten Wintersession des Parlaments in Bern mit grossen Mehrheiten verabschiedet wurde, ist auch eine Folge dieser positiven Entwicklungen.

Die Corona-Pandemie hat die drohende Klimakatastrophe medial in den Hintergrund gedrängt. Die Grössenordnung dieser Herausforderung übersteigt aber jene der Pandemie um ein Vielfaches. Diese hat immerhin klar gemacht, dass die Staaten handeln können, wenn sie

wollen. Das heisst, wenn die Verantwortlichen auf der Höhe ihrer Aufgabe sind.

Klimapolitisch steht im Juni die Abstimmung über das CO₂-Gesetz bevor. So sehr dieses nach den letzten Wahlen verbessert wurde, so sehr bleibt es hinter den Notwendigkeiten zurück. Nach dem Ja zum Gesetz müssen die nächsten Etappen sofort in Angriff genommen werden. Die Klimabewegung des Jahres 2019 hat gezeigt, dass auch schwer Vorstellbares plötzlich Realität werden kann.

Testfall für die Demokratie

Die Folgen der Corona-Pandemie werden uns noch längere Zeit beschäftigen, gesundheitspolitisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Gesundheitspolitisch sollte sie klar gemacht haben, was ein starkes öffentliches Gesundheitswesen wert ist. Die mit dem Referendum bekämpfte Schliessung des Spitals in Wattwil muss noch einmal mit neuen Augen betrachtet werden. Einkommenspolitisch steht dagegen die Begrenzung der Krankenkassenprämien im Vordergrund.

Mehr als ein Viertel der Menschen, die in der Schweiz leben, verfügen nicht über den Schweizer Pass. Die meisten von ihnen wohnen seit längerem hier, viele schon seit ihrer Geburt. Ihr Recht auf Teilhabe, die Öffnung des Bürgerrechts wird zur epochalen Aufgabe und zum neuen Testfall für die Schweizer Demokratie.

So haben Maria Pappas Eltern d

*St.Gallens neue Stadtpräsidentin Maria Pappa ist die Tochter des ehe
Wie sind ihre Eltern in die Schweiz gekommen? Was haben sie erlebt
Noa Olibet hat die beiden interviewt und ihre Schilderungen aufgeze*

«Ich bin Michele Pappa und wurde 1943 in Vibo Valentia geboren, einer Stadt in Kalabrien tief in Italiens Süden. Neunzehn Jahre lang wuchs ich in einem Nachbardorf der Stadt auf und ging dort zur Schule. Aufgrund schlechter Infrastruktur und Arbeitsmangel gab es für junge Menschen wie mich praktisch keine Perspektive im eigenen Land. Es war damals die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, und Italien war sehr arm. Also zog auch ich trotz Ablehnung meiner Eltern los in Richtung Norden, wo junge Arbeitskräfte sehr gefragt waren.

Deutschland als erste Station

Mit 19 Jahren kam ich im Winter 1962 in Konstanz an, um dort zu arbeiten. Auf den ersten Blick gefiel es mir überhaupt nicht. Es war sehr kalt, der Bodensee zugefroren – wir konnten sogar mit dem Auto hinüberfahren. Eigentlich hatte ich einen Arbeitsvertrag bei einer Fabrik. Doch weil ich zu spät ankam, arbeitete ich als Maurer auf einer grossen Baustelle. Wir arbeiteten zehn Stunden am Tag und wohnten in kargen Verhältnissen. Da es zu dieser Zeit viele ausländische Arbeiter*innen gab, hat man einfache Baracken für vier Personen aufgestellt. Die Arbeit war anstrengend, aber ich war froh, überhaupt etwas tun zu können. Ich wollte ein gutes Leben und arbeitete dementsprechend auch hart. Die Deutschen sahen das damals jedoch etwas anders und waren uns gegenüber sehr unfreundlich.

Saveria und Michele Pappa

Michele Pappa wurde am 11. Juni 1943 in Vibo Valentia in Kalabrien geboren. Er kam vor 56 Jahren aus Italien zuerst nach Deutschland und danach in die Schweiz. Saveria Pappa wurde am 31. Juli 1950 ebenfalls in Vibo Valentia geboren. Sie heiratete Michele und kam mit ihm vor 51 Jahren in die Schweiz. Die beiden wohnen seit den frühen 1960er-Jahren in St.Gallen.

An den Wochenenden lernte ich die Schweiz kennen, da es in der Nachbarstadt Kreuzlingen italienische Filme zu sehen gab. 1964 erhielt ich eine Arbeitsbewilligung und konnte definitiv in die Schweiz einreisen, jedoch nur mit dem Saisonnierstatus. Auch hier in der Schweiz arbeitete ich hart, bestrebt, genügend Geld zu verdienen, um später in Italien etwas aufzubauen.

Auf Grund der Saisonnierbewilligung musste ich jeweils im Winter die Schweiz verlassen. Diese Zeit überbrückte ich, indem ich in Konstanz arbeiten ging und über Weihnachten meine Familie in Italien besuchte. In Italien blieb ich jeweils maximal zwei Monate. Dann musste ich wieder weg, weil ich sonst den Militärdienst hätte antreten müssen. Ab März durfte ich dann wieder in die Schweiz, um ein gutes halbes Jahr auf der Baustelle zu arbeiten.»

Saveria lernt Michele kennen

«Ich bin Saveria Pappa und wurde 1950 ebenfalls im kalabresischen Vibo Valentia geboren. Mit vielen Geschwistern wuchs ich im Haus meiner Eltern auf. Wie viele junge Menschen träumte auch ich vom Studium an einer Universität. Doch wie es damals üblich war, blieb ich nach der Schule zuhause. Als älteste Tochter war es selbstverständlich, dass ich meiner Mutter im Haushalt und bei der Betreuung meiner Geschwister half. Während eines Spaziergangs im Winter lernte ich einen Mann kennen. Er hiess Michele Pappa, arbeitete schon seit gut fünf Jahren im Ausland und kam über den Winter jeweils zurück. Obwohl ich erst 17 Jahre alt war, verliebten wir uns und heirateten bereits im Winter danach.

Michele musste schon bald wieder zurück in die Schweiz, und ich ging gleich mit. Schon an der Grenze wurde es jedoch kompliziert. Ich hätte eine Arbeitsbewilligung gebraucht, um in der Schweiz mit meinem Mann leben zu können – ohne wollten sie mich nicht reinlassen. Obwohl mein Mann ihnen versicherte, dass er mit seinem Lohn für uns beide sorgen

könne, bekam ich nur ein Touristenvisum. Dieses erlaubte mir, für zwei Monate zu bleiben, in denen ich Zeit hatte, eine Arbeit zu finden.

Zusammen in St. Gallen

Wir arbeiteten beide und wohnten mit anderen Gastarbeiter*innen in einer kleinen Wohngemeinschaft mitten in der Stadt St. Gallen. Ausländer*innen hatten damals keine Chance, eine eigene Wohnung zu mieten. Die Küche und die Toilette wurden geteilt, duschen mussten wir auswärts. Über den Winter mussten wir das Land zwar immer verlassen, doch wir waren zufrieden.

Zwei Jahre später wurde ich schwanger, und wir bekamen im August 1971 unsere Tochter, Maria. Das machte uns Probleme, da es damals ein Gesetz gab, das besagte, dass Saisonniers ihre Kinder in ihr Heimatland zurückschicken müssen. Wir wollten Maria aber nicht alleine zu unseren Eltern nach Italien bringen und beantragten einen Jahresaufenthalt. Diesen bekamen wir dann auch und mussten von da an nicht jeden Winter die Schweiz verlassen. In den folgenden Jahren bekamen wir noch zwei weitere Kinder, Salvatore und Nicola.

Michele arbeitete sehr viel, und deshalb hatten wir nie finanzielle Probleme. Wir gingen jedes Jahr nach Hause in die Ferien. Dort wohnten wir bei unseren Eltern und waren somit sehr sparsam unterwegs. Obwohl wir jetzt das ganze Jahr über in der Schweiz bleiben konnten, war es nicht einfach, eine Wohnung zu finden. Die Vorurteile und die Angst gegenüber Ausländer*innen waren immer noch sehr gross. Das zeigte sich nicht nur bei der Wohnungssuche, sondern auch auf der Strasse, wo wir oft als «faule Tschinggen» beschimpft wurden.

Die Kinder werden erwachsen

Als ältestes Kind kam Maria schon bald in die Schule. Da sie aber nur mit uns aufgewachsen ist, sprach sie kaum Deutsch. Deshalb sollte sie nicht in die normale Schule im Stadtzentrum gehen, sondern

Die Migration erlebt

maligen Saisonnierpaars Michele und Saveria Pappa aus Italien. und was denken sie heute über ihr Leben in der Migration? ichnet.



Bild: zvg



Bild links

Sie mussten als Migrant*innen in der Schweiz lange Zeit unten durch: Saveria und Michele Pappa, die Eltern von St.Gallens neuer Stadtpräsidentin.

in eine Spezialschule im Riethüsli nur mit Fremdsprachigen. Wir fanden, dass das eigentlich das Gegenteil von erfolgreicher Integration und nur kontraproduktiv für das Deutschlernen ist, und wir beschwerten uns. Mit diesem Streit machten wir uns nicht gerade beliebt bei der Schulverwaltung, aber sie akzeptierten es schliesslich.

1982 sind wir an die Zürcherstrasse gezogen, wo unsere Kinder aufgewachsen sind und wo wir zwei noch heute wohnen. Unsere Kinder mussten in eine neue Schule, Primarschule Feldli, und sie avancierten zu den Klassenbesten ihres jeweiligen Jahrgangs. Das machte uns sehr stolz und bestätigte uns, dass es sich lohnt, für Dinge einzustehen, die man

möchte. Es war jedoch nicht immer einfach. Da wir beide nicht gut Deutsch sprechen, mussten wir uns mit Händen und Füssen durchsetzen.

Ehrenamtlich engagiert

Unsere Tochter Maria war immer schon in Vereinen und kirchlichen Organisationen ehrenamtlich engagiert. Sie liess sich mit ca. 40 Jahren einbürgern und teilte uns dann ein Jahr später mit, dass sie fürs Stadtparlament kandidiert. Das überraschte uns sehr, da sie ja vorher noch nie auf politischer Ebene aktiv war. Vier Jahre später wurde sie dann Stadträtin von St.Gallen, was uns sehr freute. Bis heute ist sie die Einzige aus unserer Familie, die den Schweizer Pass besitzt.

Wir anderen haben den C-Ausweis. Wir finden es aber ein sehr komisches Gesetz, dass Kinder von ausländischen Eltern, die jedoch hier geboren oder aufgewachsen sind und perfekt Deutsch sprechen, nicht automatisch die Staatsbürgerschaft bekommen.

Heute geniessen wir unseren Rentneralltag, gehen oft in die Sauna und freuen uns über den Besuch der Familie am Sonntag. Wir gehen jeden Sommer für ca. zwei Monate nach Italien und haben immer noch die Sehnsucht, irgendwann auch wieder ganz nach Italien zu ziehen. Doch dies ist keine einfache Entscheidung, da ja nun unsere Kinder und Enkelkinder hier leben und wir somit unsere Familie verlassen würden.»

Jetzt wird die Rentenpolitik heiss

In diesem Jahr fallen wichtige Entscheide in der Rentenpolitik. Nationalrätin Barbara Gysi gibt einen Überblick.

Unsere Bevölkerung wird älter, die geburtenstarken Jahrgänge kommen ins Pensionsalter, und sinkende Erträge erodieren die zweite Säule. Das stellt unsere Altersvorsorge vor Herausforderungen. Aber: Wir müssen der bürgerlichen Abbaulogik Paroli bieten. Die Reformen müssen in eine sozialere Richtung gehen: keine Rentenkürzungen, Verbesserung der Pensionskasse für Teilzeitarbeitende und Erschliessung einer Zusatzfinanzierung der AHV, die nicht auf Kosten der Frauen geht. Für die SP ist zentral, dass die Altersrenten nicht gesenkt werden und es Verbesserungen für Teilzeitarbeitende und Weingverdienende gibt.



Von SP-Nationalrätin Barbara Gysi, Wil

Verschnaufpause für die AHV

Ende 2020 waren positive Meldungen in Sachen Entwicklung des AHV-Fonds in den Medien zu lesen. Der Präsident des AHV-Fonds liess verlauten, man habe ein gutes Jahr hinter sich. Dank den Börsenerträgen und der vom Volk bewilligten Zusatzfinanzierung von zwei Milliarden Franken seien für die nächsten Jahre positive Abschlüsse zu erwarten. Das kommt einer Verschnaufpause für die AHV gleich. Dennoch wird der Ständerat in der Frühlingssession die Vorlage «AHV21» beraten. Es ist ein Sanierungspaket mit einer Rentenaltererhöhung für Frauen und Kompensationsmassnahmen. Im Klartext ausgedrückt: Der Bundesrat will das Rentenalter für Frauen auf 65 Jahre erhöhen, mit Kompensationsmassnahmen. Doch es sind Massnahmen, die sowieso ungenügend sind und die von den Bürgerlichen noch verschlechtert werden.

Nicht nur bei der AHV, sondern auch bei den Pensionskassenrenten steht eine Reform bevor. Die Gesundheitskommission des Nationalrats beginnt im Februar mit der Beratung der BVG-Vorlage und führt breite Hearings durch. Der Bundesrat unterbreitet dem Parlament eine

Vorlage, welche die Sozialpartner erarbeitet haben. Sie bringt Verbesserungen für Teilzeitarbeitende, namentlich für Frauen, sowie über die Altersgruppen besser austarierte Lohnabzüge, aber auch eine Senkung des Umwandlungssatzes, der für die Rentenhöhe verantwortlich ist. Die Renten sollen aber insgesamt nicht gekürzt werden. Einerseits gibt es einen solidarisch finanzierten Rentenzuschlag. Andererseits wird infolge der Senkung des Koordinationsabzugs ein grösserer Teil des Lohns versichert.

Unsere AHV-Renten und auch die Renten der beruflichen Vorsorge stehen also unter Druck. Die Bürgerlichen wollen die dritte Säule, das private Sparen, ausbauen und damit die AHV schwächen. Ihre politischen Rezepte zur Finanzierung sind so einseitig wie unsozial: Erhöhung des Rentenalters und Senkung des Umwandlungssatzes. Beide Forderungen führen zu geringeren Renten und sind deshalb unverantwortlich. Schon heute sind rund ein Viertel der Rentner*innen von Armut betroffen oder armutsgefährdet. 12 Prozent von ihnen beziehen Ergänzungsleistungen.

Zudem wollen die Bürgerlichen die Anlagevorschriften lockern und damit das Spekulationsrisiko in der beruflichen Vorsorge noch vergrössern. Das ist ein heikler Punkt, der nicht bessere, sondern unsicherere Pensionskassenrenten zur Folge hat. Die Pensionskassen verwalten mittlerweile über tausend Milliarden Franken.

Renten sichern statt abbauen

Für die SP ist die Sicherung der Renten und die Stärkung der AHV zentral. Es braucht einen Rentenaus-

bau. Wir unterstützen darum die Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds für eine 13. AHV-Rente. Eine zentrale Forderung ist zudem die zusätzliche Finanzierung der AHV über die Schweizerische Nationalbank. Die SNB hat riesige Reserven aufgebaut. Dieses Polster ist nichts anderes als Volkvermögen. Es soll für die Bevölkerung eingesetzt werden. Es ist genügend Spielraum für eine Zusatzfinanzierung der AHV und die Mitfinanzierung der Wirtschaftshilfen im Rahmen der Covid-Pandemie vorhanden.

Unsere Verfassung garantiert uns an sich ein finanziell sorgenfreies Alter. Wir setzen uns dafür ein, dass alle einen gesicherten Lebensabend verbringen können. Und wir treten für anständige Renten ein, mit dem Fokus auf die Versicherten und nicht auf die Interessen der Versicherungen und der Finanzindustrie.

Viele Renten sind noch zu tief für ein sorgloses Leben im Alter.



Bild: links

Achtung, Staatsabbauer am Werk!

Die Finanzkommission des St.Galler Kantonsrats erweist sich einmal mehr als Hort der Staatsabbauer. Sie will gleich doppelt so viel streichen wie geplant.

Anfang Januar hat die Regierung Sparmassnahmen von 60 Mio. Franken bis 2024 angekündigt. Weitere Pakete sollen noch folgen. Mit einem zerstörerischen Sparhammer fordert die Finanzkommission nun, den Kantonshaushalt gar um 120 Mio. Franken zu kürzen. Ausserdem sollen geplante Gelder für zusätzliche Stellen gänzlich gestrichen werden und auch sonst keine zusätzlichen Mittel mehr für das Staatspersonal zur Verfügung stehen.

Begründet werden die Massnahmen mit dem «strukturellen» Defizit, das den Haushalt neben den Kosten belastet, welche die Corona-Krise verursacht. Für die SP ist klar: Die Finanzkommission betreibt Politik mit der Abrissbirne auf Kosten unserer Zukunft. Und sie machte eine bewusst falsche Analyse der Ursachen.

Steuergeschenke für Unternehmen

Was die Kommission verschweigt: Ein wesentlicher Teil der Mindereinnahmen für den Staat sind auf die Steuersenkungen für Unternehmen von 2018 zurückzuführen. Diese Ausfälle betragen rund 115 Mio. Franken gemäss Budget 2021. Das ist ziemlich genau das, was jetzt als so genanntes «strukturelles Defizit» ausgewiesen wird. Zur Erinnerung: In der Botschaft von 2018 war noch von 77 Mio. Franken Einbussen die Rede gewesen. Wie im Rahmen des Steuerkompromisses vereinbart, sind diese Steuerausfälle vollumfänglich aus dem Eigenkapital zu decken. Geradezu zynisch mutet es daher an, wenn die Bürgerlichen in dieser Situation noch weitere Steuersenkungen ins Auge fassen.

Gerade jetzt sind Abbaupakete fehl am Platz, wollen die Bemühungen der Corona-Massnahmen durch den Abbau wichtiger staatlicher Unterstützungsleistungen nicht wieder zunichte gemacht werden. Durch die Corona-Hilfe profitiert die Bevölkerung von Stabilität und finanzieller Sicherheit – eine Voraussetzung für die rasche Erholung der Wirtschaft. Die ETH rechnet mit einer raschen Erholung der Konjunktur und da-



Die Instrumente der rechtsdominierten St.Galler Finanzkommission: sägen, hieben, hauen, schlagen, zertrümmern.

Bildlinks

mit einer Zunahme der Steuererträge nach der Überwindung der Corona-Krise. Jetzt auf die Bremse zu treten, ist die denkbar falscheste Strategie.

Setzt sich die Finanzkommission mit ihren Abbauforderungen durch, schafft sie Tatsachen über Jahre hinaus. Einmal beschlossene Kürzungen werden bei einer besseren finanziellen Lage nicht einfach wieder rückgängig gemacht. Finanz- und sozialpolitisch ist das nicht zu verantworten. Denn eines zeigt sich in diesem Kanton immer wieder: Die Rechnung bezahlen am Ende die Wenigverdienenden und die stark belasteten Familien, etwa durch die Kürzung der Krankenkassen-Prämienverbilligung oder der Ergänzungsleistungen. Zudem droht ein Abbau von wichtigen Service-Public-Leistungen. Nötige Zukunftsinvestitio-

nen in der Bildung, im Gesundheitswesen oder im ökologischen Umbau werden so verunmöglicht.

Solidaritätsabgabe für Grossverdiener*innen

Die SP fordert: nicht sinnlos kürzen, sondern bei den Einnahmen umdenken. Wenigverdienende trifft die Coronakrise stark, sie nähern sich bereits rasant dem Existenzminimum. Vermögende dagegen spüren die Folgen der Krise höchstens in Form tieferer Finanzerträge. Die SP prüft deshalb Vorstösse für die zeitlich begrenzte Einführung einer Solidaritätsabgabe auf hohe und höchste Vermögen und/oder Einkommen zur Finanzierung der Corona-Pandemie. Ein Sparpaket lehnt sie dagegen als finanz- und sozialpolitisch verantwortungslos ab. (sp)

Ich bin eine Schweizerin ohne S

*Noch immer sind die Schweizermacher*innen am Werk. Sie zwingen wahren Spiessrutenlauf. Im Folgenden berichtet Era Shemsedini über*

Der Schweizerpass ist vergleichbar mit dem Eintritt in den Olymp. Nur jene, die ihn sich leisten können, jene, die die «Götter» im Olymp überzeugen können, jene, die genug Geduld und Ausdauer mitbringen, denen wird der Eintritt gewährt, beziehungsweise die werden eingebürgert und erhalten den begehrten roten Pass.

Bevor man ein Gesuch einreicht, muss man sich gründlich über das Verfahren informieren, denn in jedem Kanton, in jeder Gemeinde gelten andere Auflagen, an die man sich halten muss. So wirkt das Einbürgerungsverfahren im Kanton Zürich wie ein Kinderspiel, wohingegen es im Kanton St.Gallen eher einem Stierkampf gleicht.

Berg von Dokumenten

Ist man einmal über die Auflagen informiert, geht es ans Zusammenbasteln der Dokumente. Ein «Integrations»-Kurs, ein Familienbüchlein, ein Deutsch-Zertifikat, das vom jeweiligen Kanton anerkannt wird, und so weiter und so fort. Ein Berg von Dokumenten und Kursen weiter kann man dann endlich das Gesuch einreichen, das auf Herz und Nieren geprüft wird, bevor man zu einem Gespräch eingeladen wird, das gewissermassen einem Verhör gleicht. An einem grossen runden Tisch sitzen an der Spitze: Gemeindepräsident*in, Schreiber*in und sonst noch fünf andere Köpfe, die mitentscheiden, ob man würdig genug ist, sich einen Schweizer beziehungsweise eine Schweizerin zu nennen. Ob man bei den nächsten Abstimmungen wieder aus der Ferne zusehen muss oder ob man dieses Mal



Era Shemsedini will sich einbürgern lassen. Auf sie wartet ein absurder Spiessrutenlauf.

Era Shemsedini

Era Shemsedini wohnt in Wittenbach und studiert Sozialarbeit und Sozialpolitik in Fribourg. Sie ist Vizepräsidentin der SP-Migrant*innen. Der neu zusammengesetzte Vorstand setzt sich unter anderem mit verschiedenen möglichen Forderungen zur Humanisierung und Erleichterung der Einbürgerungsverfahren auseinander.

durch seine Stimme auch etwas bewirken kann.

Einige Wochen nach dem Gespräch erscheint der Vor- und Nachname samt dem Geburtsdatum und dem Herkunftsland – als würde das in der globalisierten Welt, in der wir jetzt leben, überhaupt noch eine Rolle spielen – in der Gemeindezeitung, sodass irgendjemand, sofern

er das möchte, noch Einspruch erheben kann. Das Gesuch geht dann an den Kanton, an den Bund. Kurz: Man kann das Einbürgerungsverfahren als längst veraltet, fast schon vorsintflutartig beschreiben. Eine reine Schikane. Ich möchte das erwähnte Prozedere mit einem echten Beispiel näher bringen. Reisen wir doch gemeinsam in der Zeit zurück, und ich er-

Schweizerpass

*Einbürgerungswillige zu einem
r ihre einschlägigen Erfahrungen.*



Bild: links

mir vereinige. Wir zogen 2013 nach Wittenbach, nach fünf Jahren Wohnsitz in der Gemeinde reichten wir unser Gesuch anfangs 2018 ein. Bevor wir es einreichten, mussten meine Eltern noch einen ca. achtwöchigen Crashkurs über die Schweiz besuchen. Nachdem unser Gesuch geprüft wurde, wurden wir im Dezember 2018 zu einem Gespräch eingeladen. Rückblickend bin ich froh, dass ich nicht alleine an diesem grossen Tisch sass. Denn ich empfand die Situation als beängstigend und schikanierend. Uns wurden Fragen über Fragen gestellt. Was man für Aktivitäten in Wittenbach unternehmen kann, beispielsweise.

«Haben Sie Schweizer Freunde?»

Zum Glück gab meine Mutter darauf eine Antwort, denn ich hatte keinen blassen Schimmer. Da ich das Gymi in St.Gallen besuchte, spielten sich meine Tage meist dort ab. «Haben Sie Schweizer Freunde?» war eine weitere Frage. Stirnrunzelnd schaute ich den Gemeindepräsidenten an und dachte mir: Wenn ich jemanden kennenlerne, dann ist es mir egal, ob er Schweizer, Eritreer oder Finne ist. Ein guter Freund, das muss er sein. Eine weitere Frage war: «Welches sind die sieben Bundesräte?» Meine Eltern fingen munter und fröhlich an, sie aufzuzählen, doch ich musste mich einklinken und sagte nur, dass Integration meines Erachtens mehr ist, als die sieben Bundesräte benennen zu können oder zu wissen, welche Flüsse die drei längsten der Schweiz sind. Integration ist es doch, seine eigene Kultur zu bewahren, die neue, zu Beginn auch fremde, zu entdecken und sich in sie einzugliedern, ohne sich dabei selbst untreu zu werden.

Das Gespräch oder «Verhör», wie man es nun nennen mag, endete mit «En schöne Obig no!». Für uns war klar, dass wir durchgefallen sind. Anfangs 2019 kam jedoch der Brief nach Hause, dass der Antrag meines Vaters und meiner in die nächste Phase ging. Meine Mutter hingegen hatte ein zu geringes schriftliches Niveau. Da kam die Frage auf, warum sie

uns denn überhaupt eingeladen haben, wenn unsere Dokumente bereits mangelhaft waren.

Da ihnen ein Fehler unterlaufen ist, gaben sie meiner Mutter noch eine Frist von drei Monaten. Dass aber innerhalb dieser Frist die zu vollendende Aufgabe gar nicht erledigt werden konnte, interessierte die Gemeinde herzlich wenig. Daraufhin machte meine Mutter den kantonalen Deutschttest im Einbürgerungsverfahren (KDE) in Winterthur. Der wird aber im Kanton St.Gallen nicht anerkannt. Ich möchte nicht allzu sehr ins Detail gehen, denn es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Aber ich denke, Sie verstehen, was ich Ihnen veranschaulichen möchte.

Im Juli 2020 sind unsere Dokumente beim Kanton St.Gallen verjährt. Die Gemeinde musste sie nochmals nachreichen. Als ich mich bei einer Sekretärin der Gemeinde erkundigte, warum es denn bei uns so endlos lange geht, meinte sie nur, wir seien immer durch das System gerutscht. Ist es dann nicht langsam an der Zeit, das System zu hinterfragen und die längst veralteten Muster zu brechen und sie durch neue zu ersetzen? Ist es gerecht, dass jemand, der hier geboren und aufgewachsen ist, das gleiche Prozedere durchmachen muss wie jemand, der im späten Alter in die Schweiz kam?

Äplermagronen, aber kein Stimmrecht

Zum Schluss mag sich der eine oder die andere fragen: Warum lässt du diese Gemeinheit über dich ergehen? Ich spreche fliessend Schweizerdeutsch, gehe im Winter auf die Piste, esse Äplermagronen mit Apfelmus und zahle Steuern, darf aber immer noch nicht abstimmen und wählen. Was mich von einem herkömmlichen Schweizer oder einer herkömmlichen Schweizerin nebst dem unterscheidet, dass ich zuhause eine ganz andere Kultur lebe, ist, dass wir zwar die gleichen Pflichten haben, aber nicht die gleichen Rechte.

zähle von meinem Einbürgerungsverfahren, in dem ich immer noch drinstecke. Meine Geschichte ist die folgende:

Mit Pite, einem albanischen Nationalgericht in der Hand, auf die Churfürsten blickend: So muss man sich meine Kindheit vorstellen, aufgewachsen und pendelnd zwischen zwei Kulturen, zwei Ideologien, die ich beide gleichermassen in



Das Referendum fiel ihnen leicht: Mitglieder des Komitees bei der Abgabe der Unterschriften in der Pfalz.

Bild:links

Die Bevölkerung will dieses Spital!

Tausende von Unterschriften gegen die Schliessung des Spitals Wattwil sind eine klare Willenskundgebung der Bevölkerung.

Am 2. Dezember 2020 herrscht Klarheit: Eine grün-bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat soeben das Ende der Spitalstandorte Rorschach, Flawil, Altstätten und des erst 2018 für 60 Millionen Franken erneuerten Spitals Wattwil beschlossen. Besonders zynisch ist dabei das Vorgehen in Rorschach. Nur wenige Tage nach dem Entscheid zur Schliessung, wegen angeblich mangelnden

Bedarfs eines stationären Angebots in der Nähe von St.Gallen, erhielt die Berit-Klinik die Bewilligung, in Goldach ein – Sie ahnen es – stationäres Angebot aufzubauen.

klar, dass der Erhalt aller Standorte politisch nicht mehr möglich ist. Zugleich war dem Präsidium die Tatsache schon länger bewusst, dass das Toggenburg mit seiner Weitläufigkeit und seinen schwachen Strukturen besonders verletzlich ist. So hat das Tal beispielsweise bereits jetzt die niedrigste Versorgung an Hausärzt*innen. Diese brauchen das Spital unbedingt als Anker der Gesundheitsversorgung. Auch ist es als wichtiger Wirtschaftsfaktor im Toggenburg unverzichtbar.

tensammlung trotz Corona und winterlicher Kälte bereits nach 25 der möglichen 40 Tage der Referendumsfrist eingestellt werden konnte.

Signal für den ganzen Kanton

Das Referendum und auch die anstehende Abstimmung haben Signalwirkung für den ganzen Kanton. Es ist eine Abstimmung über die Perspektiven für die Landbevölkerung. Es ist eine Abstimmung über die Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen gesund und krank und zwischen Stadt und Land. Es ist aber auch eine Abstimmung über den bürgerlichen Abbaukurs im Gesundheitswesen sowie über weitere drohende Spitalschliessungen, beispielsweise in Wil oder Uznach.

den Bedarfs eines stationären Angebots in der Nähe von St.Gallen, erhielt die Berit-Klinik die Bewilligung, in Goldach ein – Sie ahnen es – stationäres Angebot aufzubauen.

Privatisierungsgelüste

Für die SP Kanton St.Gallen steht fest: Die Abbaupolitik steht im Widerspruch zum Willen der Bevölkerung. Sie wird angetrieben von bürgerlichen Privatisierungsgelüsten. Bedroht sind nicht nur die erwähnten Standorte, sondern längerfristig alle Spitalstandorte ausser demjenigen in der Stadt St.Gallen. Hier wird mit einem Unispital geliebäugelt. Gerade auch der Standort in Wil mit seinem renovationsbedürftigen Spital wird in einem nächsten Schritt gefährdet sein. Für das Präsidium der St.Galler SP war

Als sich dann aus der Bevölkerung aktiver Widerstand formierte, beschloss die SP St.Gallen, das Referendum gegen die Spitalschliessung zu ergreifen – gemeinsam mit dem Bürgerforum Wattwil, dem Förderverein Pro Regionalspital, den Juso und den Gewerkschaften. Dass dieser Beschluss genau richtig war, zeigte sich bei der Unterschriftensammlung auf der Strasse.

Die Empörung der Bevölkerung über die Regierung war überdeutlich. Alleine aus der Spital-Standortgemeinde Wattwil kamen über 2000 Unterschriften zusammen – und das wohlgerneht bei einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von rund 2200 Stimmbürger*innen. Das Spitalreferendum der SP ist aber eine kantonale Angelegenheit. So war die Solidarität im ganzen Kanton überwältigend. Sie führte dazu, dass die Unterschrift-

Wenn die Bevölkerung das Referendum und somit den Finanzierungskredit von 2014 erneut bestätigt, dann ist der Volkswille unmissverständlich. Dann muss der Spitalstandort Wattwil vom Parlament wieder auf die Spitalliste genommen werden. Weitere Spitalschliessungen sind zu unterlassen. Dieser Urnengang ist eine Grundsatzabstimmung über das Gesundheitswesen in diesem Kanton. Die St.Galler SP wird entsprechend alles daransetzen, diesen Urnengang mit seiner grossen Signalwirkung zu gewinnen.



Von Joel Müller, Vizepräsident SP Kanton St.Gallen

St.Gallen war besonders frauenfeindlich

50 Jahre Frauenstimmrecht. Mit dieser Errungenschaft tat sich der Kanton St.Gallen besonders schwer, wie Andrea Scheck ausführt.

Vor fünfzig Jahren, am 7. Februar 1971, sagten die stimmberechtigten Schweizer Männer Ja zu Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene. Oder zumindest sagte eine Mehrheit der Schweizer Männer Ja. Denn St.Gallen gehörte zu den wenigen Kantonen, welche die Gleichstellung an der Urne ablehnten – und das schon zum vierten Mal.



Andrea Scheck, Präsidentin SP-Frauen Kanton St.Gallen

Marie Huber-Blumenberg gab Gas

Die St.Galler SP hat es schon früh versucht: Kaum hatte die SP Schweiz beim Neuenburger Parteitag 1912 beschlossen, für das Frauenstimmrecht zu kämpfen, reichte der damalige SP-Kantonsrat Johannes Huber eine Motion ein, die das volle Stimm- und Wahlrecht für St.Galler Frauen verlangte. Die St.Galler Sozialdemokrat*innen waren damit ihrer Zeit weit voraus. Einerseits war es der erste kantonale Vorstoss mit dieser Forderung in der Schweiz. Andererseits forderte er mehr als nur die Teilrechte, auf die sich damals die meisten Organisationen beschränkten (z.B. die Zulassung von Frauen als Behördenmitglieder oder in Kommissionen). Wenig überraschend steckte dahinter eine SP-Frau: Marie Huber-Blumenberg, Ärztin und Ehefrau von Johannes Huber, hatte das mutige Anliegen vorangetrieben.

Der Vorstoss führte 1921 zur ersten St.Galler Abstimmung über das Frauenstimmrecht und zur ersten in einer Reihe von vielen Ablehnungen der politischen Gleichstellung über die nächsten fünfzig Jahre. Erst

1947 verhandelte der St.Galler Grosse Rat wieder über das Frauenstimmrecht, befeuert von der Argumentation, die grossen Leistungen der Frauen während der Kriegsjahre müssten so gewürdigt werden – vergeblich. Bei der folgenden nationalen Abstimmung 1959 lehnte St.Gallen das Frauenstimmrecht mit nur 19,3% Ja-Stimmen ab. 1970 scheiterte eine kantonale Abstimmungsvorlage, die den St.Galler Gemeinden die Einführung der politischen Rechte der Frauen zumindest auf kommunaler Ebene ermöglicht hätte. Und nur ein Jahr später lehnte St.Gallen die zweite gesamtschweizerische Abstimmung für das Frauenstimmrecht ab, wobei der Ja-Anteil mit 47% immerhin merklich grösser war.

Nach der Einführung des eidgenössischen Frauenstimmrechts wartete man

im St.Gallischen noch fast ein Jahr – vielleicht ein bisschen verschämt – mit der politischen Gleichstellung auf kantonaler und kommunaler Ebene. Das führte zu abstrusen Situationen: Zum Beispiel durften die St.Galler Frauen bei den Nationalratswahlen im Oktober 1971 mitwählen, bei den Ständeratswahlen aber nicht. Und die erste St.Galler Nationalrätin, Hanny Thalmann, durfte zwar als eine von zehn schweizweit gewählten Frauen ins nationale Parlament einziehen, aber in ihrem eigenen Kanton weiter nicht abstimmen. Mit der Abstimmung vom 23. Januar 1972 wurden den St.Gallerinnen dann endlich die ganzen politischen Rechte gewährt, und bei den Kantonsratswahlen im März 1972 waren sie bereits auf den Listen und bald auch im Kantonsrat vertreten.

Der lange Weg zum Frauenstimmrecht wird in verschiedenen Ausstellungen dokumentiert, so in Arbon und St.Gallen (siehe auch S. 16).



Bild: zvg

Denkmal der Beharrlichkeit

Aus dieser bewegten Geschichte ein Fazit zu ziehen, ist schwer. Doch sie ist mindestens ein Denkmal für die Beharrlichkeit derer, die bereit sind, für den Fortschritt zu kämpfen. Schon Marie Huber-Blumenberg sagte im Vorfeld zur Abstimmung von 1921, das Frauenstimmrecht werde dieses Mal wohl verworfen, aber «das macht weiter nichts, es wird später doch noch angenommen». Natürlich würde sie Recht behalten! Der Blick in die Vergangenheit soll uns darum Mut geben. Anliegen, die heute utopisch erscheinen, sind morgen normal. Ideale, die fünfzig Jahre lang abgelehnt werden, setzen sich am Ende doch noch durch. Und allen, die für Gerechtigkeit, Gleichstellung und Solidarität kämpfen, wird die Geschichte danken.

Immer nur warten auf den Bund

SP-Fraktionschefin Bettina Surber wirft einen kritischen Blick auf die bisherige Corona-Politik der St.Galler Regierung.



Von SP-Fraktionschefin Bettina Surber, St.Gallen

Die St.Galler Regierung hat unter der Leitung von Gesundheitschef und Regierungspräsident Bruno Damann (CVP) mit Massnahmen im Kampf gegen die Corona-Pandemie viel zu passiv und zu abwartend reagiert. Die Devise lautete lange: möglichst keine Einschränkungen und wenn, dann soll der Bund diese verordnen und für die wirtschaftlichen Folgen die Verantwortung tragen. Dies, obwohl es nach der Aufhebung der ausserordentlichen Lage Sache der Kantone war, die notwendigen Massnahmen zur Bewältigung der Pandemie vorzubereiten und umzusetzen.

Unangebrachter Machtkampf

Als sich anfangs Oktober die Fallzahlen im Rekordtempo nach oben bewegten und viele Kantone eine Maskentragepflicht für öffentlich zugängliche Orte verordneten, teilte die St.Galler Regierung am 13. Oktober noch mit, sie werde

mögliche Massnahmen in einer Woche kommunizieren. Fünf Tage später erklärte der Bund die Maskentragepflicht und weitere Massnahmen für die ganze Schweiz verbindlich. Ende Oktober dann lieferte sich die Regierung einen unangebrachten Machtkampf mit dem Bund, während gleichzeitig das Contact Tracing komplett kollabierte. Die Folgerung der Regierung daraus: Personen, die engen Kontakt mit einer positiv getesteten Person hatten, mussten sich nicht mehr in Quarantäne setzen.

Am 5. November waren im Kanton St.Gallen 195 an Covid-19 erkrankte Patient*innen hospitalisiert. Von ihnen wurden 22 auf der Intensivstation beatmet. Wiederum war es am Bund, Massnahmen für verbindlich zu erklären, so etwa das Verbot von Grossveranstaltungen oder die Begrenzung von privaten Treffen auf zehn Personen. Nach einem kurzzeitigen leichten Rückgang stiegen die Fallzahlen Ende November wieder an. Ein weiteres Zuwarten auf den Bund folgte, bis dieser erst am 13. Dezember weitere Massnahmen für verbindlich erklärt. Kurz vor

Weihnachten schliesslich hat der Bund die Notbremse gezogen.

SP intervenierte früh

Für die SP war und ist von zentraler Bedeutung, dass die notwendigen Massnahmen im Kampf gegen die Pandemie zum Schutz der Gesundheit und zur Gewährleistung der Versorgung an den Spitälern getroffen werden. Gleichzeitig braucht es aber eine Entschädigung für die von den Massnahmen betroffenen Betriebe, damit Existenzen und Arbeitsplätze gesichert bleiben. Dies hat die Partei in einem offenem Brief an die Regierung am bereits am 30. Oktober 2020 eindringlich gefordert.

In der Zwischenzeit wurden die Massnahmen durch die Intervention des Bundes deutlich verschärft. Gleichzeitig hat sich mit Blick auf die Entschädigung für die betroffenen Betriebe einiges bewegt. Nachdem zunächst die Befürchtung bestand, dass insbesondere die von der Pandemie besonders betroffene Gastronomie aufgrund der Anspruchsvoraussetzungen keine Härtefallberechtigung haben würde, hat der Bund mittlerweile nachgebessert. Betriebe, die behördlich für 40 Tage geschlossen werden, haben Anspruch auf Härtefallentschädigungen, ebenfalls Betriebe mit einer Umsatzeinbusse von 40% über die letzten zwölf Monate. Die Regierung hat rasch reagiert und mit Dringlichkeitsrecht die notwendigen Gesetzesgrundlagen geschaffen.

Die Härtefallgelder werden primär für die Deckung von Fixkosten gebraucht: Es sind dies neben den Lohnnebenkosten v.a. die Mieten. Wie sich aktuell zeigt, müssen viele Unternehmen die im Frühjahr aufgenommenen Kredite für die Geschäftsmieten aufwenden. Hier besteht ein enormes Missverhältnis: Der Staat befindet sich in einer riesigen Krise. Unternehmen kämpfen ums Überleben, der Staat muss enorme Beiträge leisten. Nur die Immobilienfirmen müssen keinen Krisenbeitrag leisten. Sie werden über die Verschuldung der Betriebe und die Staatshilfen schadlos gehalten.

Warten, warten, warten, während das Gewerbe darbt: St.Gallen kann Corona nicht.



Bild: links



Leere Stühle im Kino – doch nach der Pandemie steigen die kulturpolitischen Chancen in Stadt und Kanton definitiv.

Bild:links

Morgenröte für Kulturtätige?

Mit Laura Bucher und Maria Pappa haben zwei Sozialdemokratinnen die beiden wichtigsten Kulturämter im Kanton St.Gallen übernommen. Chancen für eine sozialdemokratische Kulturpolitik.



Von Marco Dal Molin, SP-Sekretär, verhandelt, hat der Kanton bis Ende 2021 22,8 Mio.

Franken bereitgestellt, finanziert hälftig durch Bund und Kanton.

Kulturschaffende haben zudem wie schon im vergangenen Frühling wieder die Möglichkeit, Ausfallentschädigung zu beantragen. Zwar sind damit noch längst nicht alle Löcher gestopft, doch bringen die Massnahmen substanzielle Verbesserungen mit sich. Und es beweist, dass der Druck von unten wirkt, insbesondere, wenn die zuständigen Behörden mit einem offenen Ohr für die Bedürfnisse von Betroffenen handeln.

Soziale Absicherung wichtig

Laura Bucher hat ihr Amt als Regierungsrätin im Departement des Innern, bei der auch das Amt für Kultur angesiedelt ist, Anfang Mai in einem denkbar schwierigen Moment angetreten. Das Hin und Her

zwischen Öffnen und Schliessen nach dem ersten Lockdown stellte für viele Kulturbetriebe eine ZerreiSSprobe dar. Während die Kantonsregierung bei der gesundheitlichen Bewältigung der Pandemie mit ihrem Sonderweg dauerhaft schlecht agiert und Empfehlungen von Fachpersonen in den Wind geschlagen hat, setzte man im Bereich der Kultur früh auf den direkten Austausch mit den Betroffenen. Gesprächsbereitschaft signalisierte die zuständige Regierungsrätin nicht nur bei der kurzfristigen finanziellen Hilfe. Laura Bucher machte von Anfang an deutlich, dass es ihr auch um die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung der Kulturschaffenden geht.

Das sind wichtige Signale für die Kulturpolitik der kommenden Monate und Jahre. Sozialdemokratische Kulturpolitik kann in Zukunft nur heissen, sich dezidiert für eine angemessene soziale Absicherung der Kulturschaffenden einzusetzen und durch den aktiven Ausbau der Kulturförderung Existenzgrundlagen zu schaffen. Denn heute ist der Anteil an Selbständigerwerbenden und befristeten Anstellungsverhältnissen im Kultursektor gross, die Honorare tief. Arbeitslosigkeit, Unfall und Alter sind dadurch vielfach nicht oder schlecht abgesichert. Ein altes Problem, das die gegenwärtige Kul-

turkrise sichtbar gemacht hat. Der Kanton Zürich geht bei der Unterstützung von Kulturschaffenden neu einen Schritt weiter. Unter Regierungsrätin Jacqueline Fehr (SP) erhalten hauptberuflich tätige Kulturschaffende künftig eine flächendeckende Existenzsicherung von monatlich 3840 Franken. Damit reagiert Zürich insbesondere auf die ungenügende Abdeckung der Ausfallentschädigung für Kunst- und Kulturschaffende. Ob das Instrument auch über die Corona-Zeit hinaus Bestand haben wird, ist fraglich. Aber es zeigt, dass durch den geschärften Blick für die strukturellen Probleme im Kulturbereich auch neuartige Wege eingeschlagen werden können.

Auch in der Stadt St.Gallen erhofft man sich viel von der neuen Kulturdirektorin Maria Pappa. Wie Bucher pflegt auch sie einen Politikstil des offenen Ohrs. Die Anliegen der Kultur aufzunehmen ist wichtig, wenn die Früchte des kulturellen Aufbruchs des letzten Jahrzehnts erhalten bleiben sollen und die Stadt St.Gallen sich als kulturelles und urbanes Zentrum behaupten will. Mit dem städtischen Kulturkonzept 2020 existiert eine gute Arbeitsgrundlage. Für die Umsetzung braucht es jedoch finanzielle Mittel. Aus sozialdemokratischer Sicht gilt es, diese gegen den drohenden Sparhammer zu verteidigen.



Bild: istock.com

Auch Afrika kämpft mit dem Coronavirus, aber mit viel weniger Mitteln als wir.

Coronakrank im Getto

Die Corona-Krise trifft die Entwicklungsländer besonders hart. Das darf jetzt nicht vergessen gehen.

Mitte Januar hat der Bundesrat einen zweiten Shutdown beschlossen. Dieser Schritt wurde notwendig, denn die aktuellen Fallzahlen verharrten auf einem zu hohen Niveau. Es gilt, Leben und die Gesundheit zu retten, Spitäler und das Pflegepersonal zu entlasten. Für viele Unternehmen, Angestellte und Selbständige ist die erneute Schliessung ein harter Schlag. Es sind Existenzen bedroht und Arbeitsplätze gefährdet.



Von SP-Nationalrätin Claudia Friedl, St.Gallen

Die SP hat sich immer dafür eingesetzt, dass niemand im Stich gelassen wird. Dabei musste sie oft intervenieren. Denn die vorgesehenen Hilfen waren zu knausrig oder die Hürden zu hoch, gerade bei den Härtefallmassnahmen.

Den Mund voll genommen

Dank der SP konnten Verbesserungen auf nationaler und kantonaler Ebene erzielt werden. Endlich wird auch auf nicht-rückzahlbare Beiträge gesetzt, damit die Verschuldung nicht endlos zunimmt. Keinen Erfolg hatten wir jedoch im Herbst beim Teilerlass der Geschäftsmieten. Mitte-Rechts hat das Vorhaben nach intensivem Lobbying des Hauseigentümergebietes durchkreuzt. Das hinderte aber Vertreter*innen von SVP und CVP nicht daran, an der Demo der Gastrounternehmen in St.Gallen den Mund über ihr Engagement voll zu nehmen.

Wenn Bundesrat Ueli Maurer (SVP) sagt, «Mich reut jeder Rappen, denn das müssen dann unsere Kinder bezahlen», dann muss man einfach darauf hinweisen, dass der Verlust jedes Arbeitsplatzes und jeder Konkurs nicht weniger kosten würde. Maurer jammert auf hohem Niveau, denn die Schweiz hat kaum Schulden. Die Nationalbank hat im Krisenjahr 2020 21 Milliarden Franken Gewinn erzielt, 2019 waren es 49 Milliarden. Es ist beschämend für die reiche Schweiz, wenn sie die stark betroffenen KMU, Selbständige, Kulturschaffende und viele andere einfach hängen lässt.

Die Corona-Krise ist eine Herausforderung für unsere Wirtschaft und das Gesundheitssystem. Trotzdem dürfen wir dabei die Entwicklungsländer nicht vergessen. Zum Glück wurde im Vorschlag 2021 der Budgetposten für Entwicklungszusammenarbeit nicht gekürzt. Ein Kürzungsantrag der SVP hatte keine Chance (unser Erhöhungsantrag aber auch nicht). In der Presse wird wenig berichtet, was die Corona-Krise in ärmeren Ländern bewirkt. Einen Einblick gibt ein Bericht der Gentiana Schools in Nairobi. Die Schule in einem der grössten Slums von Nairobi wird mit Spenden aus der Schweiz finanziert. Das St.Galler SP-Mitglied Peter Baumgartner begleitet die Schulleitung vor Ort. Seit neun Monaten sind alle Schulen in Kenia geschlossen.

Viele Eltern haben ihren Job verloren oder finden keinen Tagesjob, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Gewalt

in den Slums nimmt zu. Die Lehrerinnen und Lehrer der Gentiana betreuen ihre Schüler*innen einzeln zu Hause. Bei sozialen Problemen bieten sie die schuleigene Sozialarbeiterin auf, die sich um Schüler*innen mit Problemen kümmert. Oft fehlt es auch am Essen, das die Kinder normalerweise in der Schule erhalten haben. Durch diese Betreuung können soziale Probleme erkannt werden, und die Kinder machen trotz Schulschliessung Lernfortschritte. Der Normalfall ist eine solche Betreuung freilich nicht. Staatliche Schulen mit Klassen von 60 Kindern, ausbleibende Lehrerlöhne und zunehmende physische und sexuelle Gewalt im häuslichen Umfeld verheissen nichts Gutes für die Zukunft. Fraglich ist auch, ob die Jugendlichen nach so langer Absenz überhaupt zurück in die Schule kommen. Ohne Hilfe werden Kenia, und so auch viele andere Staaten Afrikas, um Jahre zurückgeworfen.

Der Westen als Impf-Drängler

Die weltweite Corona-Krise hat viele Facetten. Überall wird man mit den Folgen kämpfen müssen. Deshalb darf der Norden den Süden nicht vergessen. In einem Fall ist es schon passiert: Die WHO teilt mit, dass 95 Prozent des Impfstoffs derzeit an zehn Länder geht. Wann er in den ärmsten Ländern ankommen wird, ist völlig offen.

Claudia Friedl ist Mitglied im Vorstand des Fördervereins Gentiana Schulen Nairobi.

**Für mehr Fairness
und Unterstützung am
Arbeitsplatz.**

**Für eine starke Gewerk-
schaft Unia braucht es
dich!**

Beitrittsunterlagen unter
0848 750 751
oder ostschweiz@unia.ch
bestellen.



Die Gewerkschaft.



**COMEDIA
BUCHHANDLUNG**

Die Genossenschafts-Buchhandlung!
Feine Auswahl · Guter Service · Faire Preise
Katharinengasse 20 · 9004 St.Gallen
Tel./Fax 071 245 80 08 · medien@comedia-sg.ch
www.comedia-sg.ch · mit E-Shop

Der Mietrechtliche
Probleme?
Mieter-
verband
hilft!

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Ostschweiz
www.mieterverband.ch
071 222 50 29
ostschweiz@mieterverband.ch

Bewegung stärken,
Mitglied werden!

DU.

www.sp-sg.ch

Frauen schreiben Geschichte

Unter dem Titel «Klug und Kühn» feiern zahlreiche Museen im Kanton St.Gallen das Jubiläum 50 Jahre Frauenstimmrecht.



50 JAHRE
FRAUENSTIMM-
+ WAHLRECHT
Ausstellungen
und mehr

Bilder: ZVG

Das Jubiläum ist Anlass, in die Frauen- und Geschlechtergeschichte einzutauchen und Frauen in Erinnerung zu rufen, die seit der Staatsgründung der modernen Schweiz 1848 für gleiche Rechte kämpften. Die Ausstellung des Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz macht sichtbar, wie viele Frauen es brauchte, um in der Schweiz etwas zu bewegen.

Vorausgesetzt, dass Corona nicht einen Strich durch die Rechnung macht, sollten die Museen im März wieder geöffnet sein. Die Schau im Historischen Museum St.Gallen geht am 5. März mit einer Vernissage auf und dauert mit zahlreichen Veranstaltungen, Referaten, Lesungen, Konzerten und Filmvorführungen bis zum 19. September. Dem Historischen Museum schliessen sich zahlreiche regionale Museen in der Ostschweiz

mit eigenen Schauen an. Rapperswil-Jona, Wil, Gossau, Oberriet, Altstätten, Rüthi und Werdenberg sind weitere Orte im Kanton, die am Jubiläum beteiligt sind. Alle Details auf der Webseite www.klug-und-kuehn.ch.



Service

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist es schwer, Veranstaltungen und Anlässe zu planen. Deshalb werden wir euch weiterhin mittels Newsletter und Internet über künftige Anlässe und Veranstaltungen informieren.

Vorstösse von SP-PolitikerInnen (12. November 2020 bis 20. Januar 2021)

Bettina Surber: Verstösse gegen Denkmalschutz – welche Mittel stehen Gemeinden und dem Kanton zur Verfügung?
Martin Sailer, Christoph Thurnherr: Stelleninserat für zwei Mitglieder des Verwaltungsrates der vier Spitalverbände wirft Fragen auf
Josef Gähwiler: Sanierung des Rheindamms ohne ökologische Aufwertungen?
Bettina Surber: Bekämpfung der Corona-Pandemie: Testkapazitäten erhöhen und Informationen verbessern

Motion:

SP-Fraktion et al.: Dringlich: Keine strategischen Standortentscheide für Berufsfachschulen ohne die notwendigen Grundlagen
Christoph Thurnherr et al.: Zeitgemässe Sport- und Bewegungsförderung

Interpellation:

Bernhard Hauser, Katrin Schult-hess: Gesundheitsschädigende «Rauchfahne» über dem Seeztal
SP-Fraktion: Gute Arbeitsbedingungen und angemessener Schutz für das Pflege- und Betreuungspersonal: Macht der Kanton genug für das Rückgrat der Pandemiebekämpfung?
Karin Hasler, Remo Maurer: Die Strategie der «Frühen Förderung» mit einem zusätzlichen ärztlichen Kontrolluntersuch ergänzen
Daniel Baumgartner et al.: Musikschulen im Kanton St.Gallen

Daniel Baumgartner, Guido Etterlin, Bernhard Hauser: Massnahmen gegen coronabedingte Nachteile von Lernenden aus Risikogruppen aller Stufen
Daniel Baumgartner, Guido Etterlin, Bernhard Hauser: Fachkräftemangel: Logopädie im Kanton St.Gallen
SP-Fraktion: Warum schüttet die Regierung nicht genügend IPV-Gelder aus?
SP-Fraktion: Entwicklung der Eigenkapitalien von Bildungsinstitutionen
Peter Jans et al.: Faire SAK-Einspeisevergütungen für Solarstrom – damit der Energiestrategie die Sonne scheint
Remo Maurer, Christoph Thurnherr: Coronabedingte Mehrkosten in Leistungsvereinbarung 2021 berücksichtigen
Bernhard Hauser et al.: Polysportive Bewegungsförderung in der Primarschule
SP-Fraktion: Aufstockung des

Pflegepersonals in Alters- und Pflegeheimen
Peter Jans: Ostschweizer Fachhochschule: Welche Rahmenbedingungen in den Anstellungsverhältnissen werden geschaffen?

Impressum

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen.
Erscheint mindestens 4x jährlich.
Mitglieder-Magazin der SP des Kantons St.Gallen, Postfach, 9001 St.Gallen, Telefon 071 222 45 85, info@sp-sg.ch

Redaktion:
Hansueli Baumgartner, Guido Berliner-Bolt, Ralph Hug u.a.
Layout: Hannah Traber
Druck: Niedermann Druck AG, St.Gallen

PRINTED MATTER
CO₂ NEUTRAL
by Swiss Climate
SC2021012101